

## **Europa als Taktgeber einer neuen Weltordnung – ein sozialdemokratischer Kompass**

Polykrise, multiple Zeitenwende oder die neue Weltunordnung – nicht erst seit der internationalen Finanzkrise vor nun mehr knapp zwanzig Jahren suchen wir nach immer neuen Begriffen, um die krisengeschüttelte Zeit zu beschreiben, in der wir leben. Doch wir leben nicht in einer „neuen“ Welt, weil es plötzlich Krisen gäbe – die gab es immer –, sondern weil sich mehrere Grundpfeiler der internationalen Ordnung gleichzeitig verschieben und gegenseitig verstärken. Infolgedessen treten Krisen häufiger auf und werden tiefer.

Die Welt erlebt eine Phase sicherheitspolitischer und ökologischer Umwälzungen, geopolitischer Rivalitäten und demokratischer Erosion – diese Krisen sind systemisch gekoppelt, die Puffer durch multilaterale Institutionen, Vertrauen in staatliche Institutionen, fiskalische Spielräume und gesellschaftlichen Zusammenhalt sind geschwächt. Das reduziert Krisenresilienz und Handlungsspielräume und öffnet Raum für macht- statt regelorientierte Politik in einer vernetzten Welt: Großmacht Konkurrenz trifft auf tiefe gegenseitige Abhängigkeiten in Bereichen wie Handel, Technologie, Daten, Lieferketten.

Eine weitere Zäsur betrifft den Übergang zum digitalen Kapitalismus, in dem Daten die neue Währung sind. Plattformen und KI nutzen diese zunehmend, um Menschen in Scheinwelten und eine algorithmisch optimierte Dauerablenkung zu ziehen und daraus Profit zu schlagen. Soziale Kosten wie Einsamkeit und Zerfall sozialer Bindungen werden in Kauf genommen und Menschen werden anfälliger für Desinformation und Manipulation, für emotionalisierte Rhetorik und für ein „Wir gegen die“ – ein idealer Nährboden für rechtspopulistische und autoritäre Bewegungen. Eine solche Weltordnung würde, wenn wir diesen Kräften nichts entgegensetzen, von wenigen reichen Unternehmern in Allianz mit rechtsautoritären Regierungen kontrolliert, deren internationale Verflechtungen sich über die Welt erstrecken. Ihre Idee einer neuen Weltordnung ist zudem eine neopatriarchale, in der Gleichstellung zum Feindbild gemacht wird und das Internet zu einem Ort, der traditionelle Familienbilder propagiert und die antifeministische Rückwärtsbewegung legitimiert. Die neuen Schlüsselfiguren der Macht leben frauenverachtendes Handeln vor und bestimmen die Regeln zentraler, öffentlicher Diskursräume. Diese Rückschritte sind Teil umfassender Bemühungen der globalen Rechten, Machtstrukturen in Form einer Tech-Brologarchie<sup>1</sup> zu errichten, was eine direkte Bedrohung für Demokratie und Geschlechtergerechtigkeit darstellt.

### **Die Konkurrenz von Ordnungs- und Entwicklungsmodellen**

Das „offizielle“ Ende der liberalen, regelbasierten Weltordnung, in der es aber auch vorher mehr Schein als Sein gab, und der Übergang zu einer multipolaren, fragmentierten und fluiden Übergangsphase ist geprägt durch einen Wettbewerb um Ordnungsvorstellungen: die USA unter Trump verfolgen plakativ einen imperialistischen Ansatz (Donroe-Doctrin) kombiniert mit einem „America-First“-Ansatz: technologische Dominanz bei Militär und Digitalem als Machtbasis, geoökonomische Instrumente und die Rückkehr zu Einflusssphären-Denken; Innenpolitisch korrespondiert das mit Plänen, staatliche Regulierung zu beschneiden und einen demokratisch legitimierten Abbau der ältesten Demokratie der Welt voranzutreiben (libertär-technokratischer Plattformkapitalismus). Das „Projekt Trump“ verfolgt einen Plan, mit Hilfe einer „globalen ideologischen Achse“ rechtskonservativer Akteure eine rechte Weltordnung zu errichten – dazu gehört auch die gezielte Unterstützung von rechts-außen Parteien anderer Länder. China wiederum steht für einen parteistaatlichen techno-industriellen Staatskapitalismus: Es betont Souveränität, Nichteinmischung und das Recht, Entwicklungswege selbst zu wählen – und flankiert das mit eigenen globalen Initiativen, um alternative Normen und Institutionen zu stärken (Beispiel Global Security Initiative), die als

---

<sup>1</sup> Anmerkung der Autoren: Wir sind noch auf der Suche nach unserem Kampfbegriff. Neben Tech-Brologarchie waren auch Ku-Klux-Clan 2.0 oder Cäsarismus des 21. Jahrhunderts im Gespräch.

Versuch gelesen werden, alternative Sicherheits- und Governance-Architekturen zu etablieren, ebenso wie die digitale Seidenstraße (Digital Silk Road), über die China digitale Infrastruktur und Standards mitprägt und Abhängigkeiten in Partnerländern schafft. In den Ländern des Globalen Südens gewinnen seit längerer Zeit andere Entwicklungsmodelle wie Chinas Infrastruktureinflussnahme oder die Petrodollar-Diplomatie der Golfstaaten an Attraktivität. In seinen Partnerschaften mit den Ländern des Globalen Südens predigte der „Westen“ jahrzehntelang Regeln, Recht und freien Markt – und setzte auf Ausnahmen für sich selbst. Gleichzeitig wurden die vermeintlichen Partner durch neokoloniale Praktiken wie monetäre Vormundschaft, Konditionalitäten oder das Auslagern von Grenzschutz in der Abhängigkeit gehalten.

### **Europas Partnerschaften neu denken**

Und Europa? Europa war lange Zeit ein Profiteur dieser Weltordnung – es gab billiges Gas aus Russland, Absatzmärkte in China und Schutz durch US-Sicherheitsgarantien. Diese Säulen des westlichen europäischen Wohlstands sind nun weggebrochen. Das stabil geglaubte Bündnis mit den USA zerbricht und die bisherige Einbettung des deutschen und EU- Wirtschaftsmodells in eine regelbasierte Globalisierung trägt nicht mehr. Chinas exportgetriebene Überproduktion bei gleichzeitig schwacher Binnennachfrage, der absehbare Rückzug der USA aus der alleinigen Supermacht-Position sowie zunehmende handelspolitische Abschottung erzeugen einen massiven externen Nachfrageeinbruch für die export-orientierte deutsche Industrie. Europas Machtbasis, die weniger aus militärischer Überlegenheit als aus Binnenmarktgröße, Normsetzung und institutionalisierter Kooperation im Rahmen der Europäischen Union und mit Drittstaaten besteht, zerfällt zunehmend. Gleichzeitig bestehen gefährliche Abhängigkeiten im Bereich europäischer Sicherheit, beim Zugang zu kritischen Ressourcen oder im Bereich von Dateninfrastrukturen. Und auch politisch gesehen ist Europa weit davon entfernt, ein starker und geeinter Akteur zu sein. Auf nationaler Ebene und im Europäischen Parlament schwächen eine zunehmende Stärke der Rechten, aktiv unterstützt von außerhalb Europas, und die Erosion der demokratischen Mitte Handlungsspielräume für sozialdemokratische Akteure im linken Teil der Gesellschaft.

Doch nicht alle Länder empfinden die neue Welt-(un)ordnung als Zäsur: in vielen asiatischen Ländern wurde immer geopolitisch gedacht und gehandelt; viele Länder des Globalen Südens empfanden die liberale, regelbasierte Ordnung eben in entscheidenden Situationen als nicht regelbasiert. Sie wird als eine Ära struktureller Unterordnung und Benachteiligung eingestuft. Viele Länder sehen eine Chance darin, die bisherige Ordnung zu überwinden und etwas Neues aufzubauen. Auch Krisen und Kriege sind in vielen Ländern nichts Neues – neu war die Erfahrung der großen Finanzkrise, da sie den Westen stärker betraf und eine Staatsschuldenkrise in Europa zur Folge hatte; neu war die Rückkehr des Krieges nach Europa durch das Russland Putins. Angesichts der Vielfalt an Allianzen, die den Mittelmächten und Ländern des Globalen Südens aktuell offenstehen, muss die EU überzeugende Angebote liefern, um diese Staaten nun als ernsthafte Bündnispartner zu gewinnen. Dabei gilt durchaus, dass abseits der anti-westlichen Rhetorik ein Großteil der Bevölkerung in vielen Ländern durchaus eine klare Präferenz für Freiheit, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit hat.

Dieser Wunsch, etwas Neues aufzubauen, kommt noch nicht mit einem „Bauplan“. Das gibt Mittelmächten wie Brasilien und Kanada, aber auch den größeren der EU und ihren Mitgliedstaaten und anderen europäischen Partnern die Möglichkeit, sich als unverzichtbare Akteure für die Aufrechterhaltung und Neugestaltung der globalen Zusammenarbeit zu profilieren; sei es als Träger einer weiterhin wertebasierten Weltordnung oder in themenbezogenen Koalitionen in unterschiedlichen Konstellationen mit Mindeststandards.

## Interessengeleitete Werteorientierung als sozialdemokratischer Kompass

Aus sozialdemokratischer Sicht stellt sich damit die Frage: Welche Weltordnung wollen wir – und wofür stehen wir, wenn Machtpolitik und das Recht des Stärkeren die internationale Bühne prägt? Wenn Krieg und Gewalt zur Durchsetzung von Interessen Einzelner sich Raum zunehmend greift? Welche Visionen leiten uns, wenn Sicherheit, Wohlstand und Demokratie zugleich unter Druck geraten? Und wer sind unsere Verbündeten – innerhalb der sozialdemokratischen Familie, unter Demokratien, aber auch unter den mittleren Mächten und kleineren Staaten des Globalen Südens, die pragmatisch und interessengeleitet kooperieren? Dieses Impulspapier schlägt dafür einen Kompass vor:

eine interessengeleitete Werteorientierung, welche den sozialdemokratischen Werterahmen (Freiheit, Frieden, Demokratie/Rechtsstaat, soziale Gerechtigkeit, Solidarität, Menschenrecht) schützt und sich gleichzeitig strategisch an deutschen und europäischen Interessen (Sicherheit, Wohlstand, Resilienz, technologische/industrielle Handlungsfähigkeit, Transformation zur Nachhaltigkeit) orientiert.

Diese Orientierung an Werten und deutschen Interessen stellt keinen Widerspruch dar, sondern trägt dazu bei, Partnerschaften auf Augenhöhe zu realisieren und einen neuen Stil der Kooperation zu etablieren. Viele Partnerländer kritisierten bereits in der Vergangenheit Doppelstandards, da die internationale Politik Europas vermeintlich werteorientiert war, aber eigene Interessen nicht offen genug kommunizierte. Für alle Partnerschaften gilt, dass Europas seine innere Stärke (Souveränität, Verteidigungsfähigkeit, Innovation, Transformation zur Nachhaltigkeit, gesellschaftliche Solidarität) weiterentwickeln muss in Richtung einer größeren Geschlossenheit, um nach außen glaubwürdige, faire und wirksame Partnerschaftsangebote zu unterbreiten, und auch um deutlich zu machen, welche Grenzen gezogen und gegebenenfalls auch entschlossen verteidigt werden bzw. unter welchen Bedingungen keine Allianzen möglich sind (weder gemeinsame Werte noch Respekt deutscher/europäischer Interessen). Die innere Stärkung Europas bedeutet, auch die EU und ihre gemeinsamen Institutionen als politischen Rahmen der Zusammenarbeit weiterzuentwickeln und die Feinde der EU von innen und außen noch entschiedener politisch zu bekämpfen.

Auf der Basis dieser handlungsleitenden Matrix können unterschiedliche Partnerschaftstypen definiert werden:

- 1) Sozialdemokratische Partnerschaften**, z. B. mit Ländern, in denen sozialdemokratische Parteien an der Regierung sind, oder mit den Schwesterparteien der internationalen sozialdemokratischen und sozialistischen Parteienfamilie. Diese eröffnen zusätzliche Kooperationsoptionen, aufbauend auf einem gemeinsamen Wertefundament (gemeinsame policies auf internationaler Ebene, Abstimmungsverhalten im VN-Sicherheitsrat oder bei der Generalversammlung).
- 2) Gleichgesinnte Partnerschaften**, welche auf einem gemeinsamen Wertefundament basieren: Multilateralismus, Völkerrecht, Demokratie. Diese Partnerschaften sind durch eine umfassende, anhaltende und verlässliche Kooperation zur beiderseitigen Entwicklung und gegenseitigem Nutzen gekennzeichnet.
- 3) Solidarische Partnerschaften**: geleitet von einem universellen Rahmen, den nachhaltigen Entwicklungszielen, Menschenrechten und dem Völkerrecht, wird die Zusammenarbeit mit den am wenigsten entwickelten oder krisenbetroffenen Ländern immer ein elementarer Bestandteil der Sozialdemokratie sein – ein Ausdruck des prinzipiellen globalen Anspruchs der Sozialdemokratie, Freiheit, Gerechtigkeit und

Solidarität für alle Menschen zu erreichen. Zudem haben diese ein stabilisierendes Momentum und bedienen damit gleichzeitig eigene Sicherheitsinteressen.

- 4) **Pragmatische/interessengeleitete Partnerschaften**, bei denen zum Beispiel eine sektorbezogene Kooperation im Vordergrund steht (z. B. zu Klima, Gesundheit, Technologie) und Reformallianzen mit Demokratien und Partnern des Globalen Südens, u.a. für Globale Sozialpakt- und Klimainitiativen, regionale Wirtschafts- und Handelskooperationen sowie multilaterale Initiativen für institutionelle Reformen bei VN, WTO, IFIs).

In der Realität werden Partnerschaften mit einzelnen Ländern eine Mischung verschiedener Typen darstellen, je nachdem an welcher Stelle zwischen Interessen, Vorhandensein gemeinsamer Werte, jeweiliger innerer Stärke und Attraktivität der Kooperation im Außen die jeweiligen Kooperationspartner sich befinden. Eine Einordnung ist natürlich auch vom Zeitpunkt und damit auch der jeweiligen Regierung des Kooperationspartners abhängig. Die ideale Partnerschaft befindet sich im Matrixfeld, in dem gemeinsame Werte und Interessen zusammenkommen, dennoch ist ein realpolitisch weites Spektrum verschiedener Partnerschaften möglich. Die interessengeleitete Werteorientierung kann einen Kompass bieten, welche Partnerschaften zu priorisieren sind – und auch um deutlich zu machen, wo die Sollbruchstellen liegen und warum beispielsweise eine Kooperation mit einem autoritären Regime trotz widersprüchlicher Werte wichtig sein kann – sei es, um eine krisengeschüttelte Bevölkerung solidarisch zu unterstützen, oder weil eigene Interessen vorliegen. Eine jeweilige Einordnung ist natürlich auch vom Zeitpunkt und damit auch der jeweiligen Regierung des Kooperationspartners abhängig.

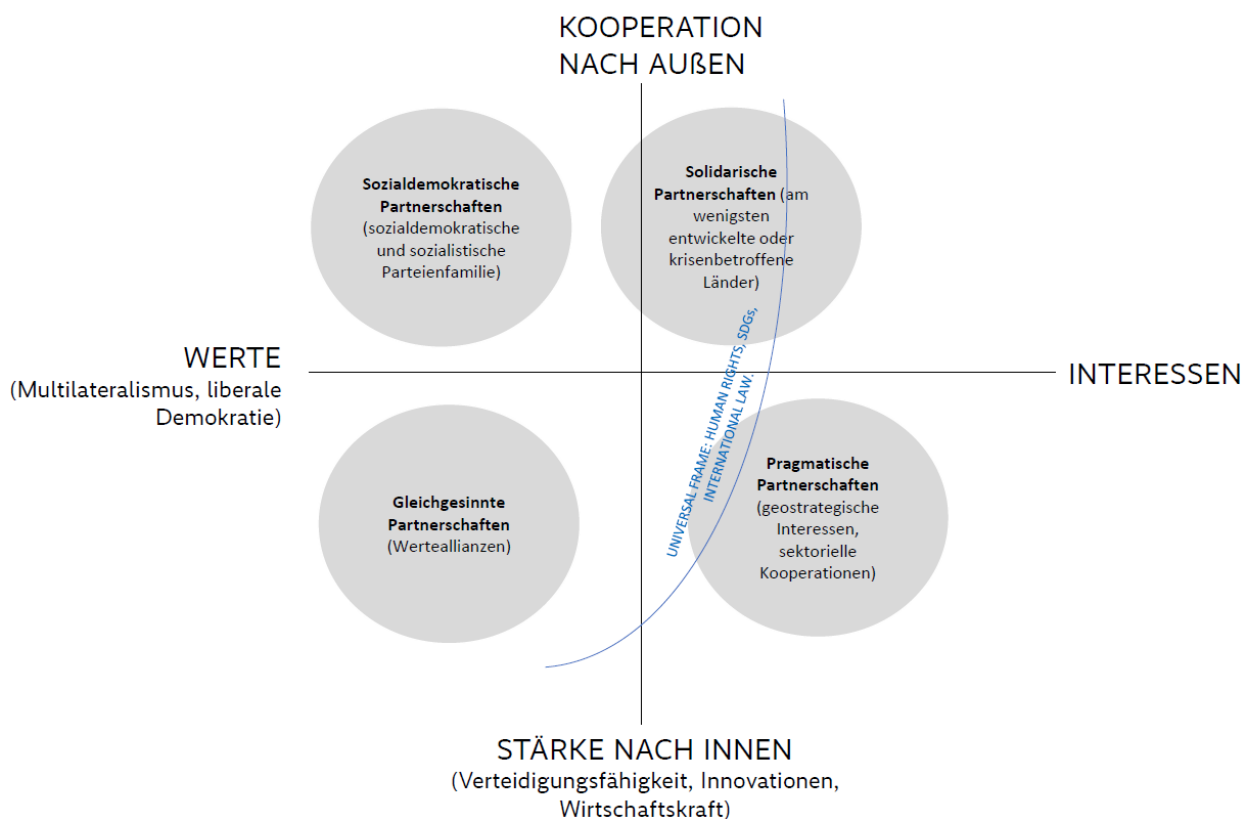


Abbildung: Eigene Darstellung.

## Europas innere und äußere Stärke

Warum ist die EU bei der extrem rechten US-Regierung so unbeliebt? Weil sie trotz aller Unzulänglichkeiten die grundsätzliche Alternative zu den USA als Führungsmacht für das, was bislang „der Westen“ genannt wurde, darstellt. Neben „defensiven“ Maßnahmen, um die Aufspaltung der EU durch ihre Gegner zu verhindern, muss ein Weg nach vorne mit klaren Zielbildern und Visionen aufgezeigt werden, denn: Wohlstand, Freiheit und Sicherheit in Europa brauchen nicht nur ein stabiles internationales Umfeld, sondern innere Stärke in verschiedenen Bereichen. Neben koordinierten Investitionen für Verteidigung und Entwicklung gemeinsamer Waffensysteme und gemeinsame Beschaffung gehören dazu besonders:

- Eine digitale Transformation, welche neben Innovationen und Bürgerpartizipation auch gute Arbeit in den Fokus rückt;
- Eine industriepolitische Transformation für Nachhaltigkeit und gutes Leben;
- Die Stärke des Euro als Leitwährung, wobei gleichberechtigt andere große Währungen respektiert und europäischer Plattformen auch für Partner geöffnet werden.

Dieses europäische Zielbild versammelt Menschen hinter einer gemeinsamen Vision und immunisiert sie gegen die Prophetien der Tech-Bros und ihrer rechten Verbündeten. Damit diese Ziele ausstrahlen, bedarf es zum einen demokratischer und handlungsfähiger europäischer Institutionen, insbesondere auch im Rahmen der Europäischen Union, die nach innen und außen kooperationsfähig sind. Zum zweiten können die großen Transformationen nur gelingen, wenn aufklärerische Bildung sowie freie Wissenschaft und Forschung dafür umfassend gefördert werden. So unterscheidet sich die europäische Macht von derjenigen anderen globaler Machtzentren.

Die Situation der USA lässt sich wirtschaftlich begreifen als die der bislang alleinigen Supermacht im Abstieg, weil andere aufsteigen. China steigt auf durch eigenes Wachstum, einen Binnenmarkt enormer Größe und eine Exportpolitik mit Dumping-Preisen. Die EU steigt weniger durch Wachstum als durch eine gemeinsame Währung, den Euro, die deutlich weniger spekulationsanfällig ist als es nationale Währungen sein könnten, zu einem ebenfalls enormen Binnenmarkt auf.

Die rechts-außen Parteien nutzen in Europa eine taktische Doppelstrategie: rhetorische Ablehnung des Euro und Zerschlagung oder weitgehende Beschränkung der EU und ein gleichzeitiger Versuch, EU-Mechanismen für nationalistische Interessen zu nutzen und die europäische Bevölkerung zu Befehlsempfängern Dritter zu machen. Sie versuchen deshalb meist gleichzeitig Fans von Putin und Trump zu sein, was einen Verrat an den jeweils nationalen und noch mehr an den europäischen Interessen darstellt.

Die Politik Trumps versucht den Niedergang als alleinige Supermacht brachial umzukehren, beschleunigt ihn aber dadurch vermutlich. Die neokoloniale Politik mit dem Ausstieg aus vielen internationalen Organisationen, um sie zu zerstören, mit dem imperialistischen Verhalten gegenüber Kanada, Grönland/Dänemark, Mexiko, Venezuela, Gaza, Iran richtet sich vielfach gegen bisherige Verbündete und zwingt diese – besonders die mittleren Mächte, aber nicht nur sie – sich untereinander und ohne die USA zu organisieren. Aufgabe der EU in den nächsten zehn Jahren wird es sein, dafür ein attraktiver Kristallisationspunkt zu sein und nicht zuschauend abzuwarten.

## Wie die EU ihr Gewicht in der multipolaren Welt erhöhen kann

Konkrete Maßnahmen, die innere Stärke der EU in den Bereichen Innovationen und Finanzen, Digitales und Industriepolitik auszubauen, wären:

1. Der Euro erfüllt in einem gewissen Umfang global die Funktion einer Reservewährung. Diesen Anteil gilt es systematisch auszubauen. Eine Voraussetzung dafür ist, dass der Euro die Geldfunktion der „Wertaufbewahrung“ besser erfüllt als der US-Dollar. Das ist angesichts der erklärten Politik der USA gegenwärtig gegeben, verlangt aber in Zukunft, in Zusammenarbeit mit der EZB entsprechende Ziele zu formulieren und darüber jährlich zu berichten.
2. Es ist gelungen, in den letzten 10 Jahren eine wesentliche EU-basierte Rating-Agentur zu etablieren (Scope). Eine weitere außerhalb der USA (sei es in der EU, sei es in Kanada oder Australien) ist anzustreben.
3. Die Anteile der Zahlvorgänge im internationalen Zahlungsverkehr entsprechen nicht dem Volumen der Warenströme, sondern sind deutlich US-Dollar dominiert. Es ist kein Zufall, dass Trump bereits in seinem Wahlkampf ausführte, dass er mit 100%-Zöllen bekämpfen werde, wenn die BRICS-Staaten (Brasilien, Russland, Indien, China und Südafrika – die Gruppe wird aktuell um weitere Staaten erweitert) ein eigenes Zahlungsverkehrssystem errichteten. Die Zoll-Drohung ist mittlerweile „verbraucht“ und die BRICS-Länder arbeiten weiter daran. Der EU-Weg sollte sein, mehrwährungsfähige Zahlungsverkehrssysteme in der EU zu verankern und somit Abrechnung in solchen Währungen zu ermöglichen, die bestimmte Anforderungen an Liquidität und Stabilität erfüllen.
4. Für den privaten Bereich und den Wirtschaftsverkehr konsumentenbezogener Unternehmen heißt das, Zahlungssysteme wie Wero und den digitalen Euro breit einzuführen, um Alternativen zu Paypal und Visa zu haben und zu nutzen. Die USA haben weitgehende Überwachungsmaßnahmen eingeführt und Email-Konten, aber auch individuelle Zahlungsverkehre und Konten auf Internetplattformen nach Embargolisten völkerrechtswidrig gesperrt. Auch in China werden Zahlungsverkehrssysteme zu Überwachungsmaßnahmen eingesetzt.
5. Die großen Kapitalsammelstellen, Versicherungen und Pensionsfonds sind zu sehr auf die Finanzsphäre ausgerichtet und zu wenig auf den produktiven Sektor. Ein Beispiel: war es früher normal, dass große Versicherungen wesentliche Teile ihres Vermögens in den Neubau von Wohnungen investierten, sind es heute – wenn überhaupt – nur sehr kleine Teile, weil Staatsbonds (trotz der Griechenland-Krise) als risikolos und relativ ertragsstark gelten. Über nationale Förderbanken wie die KfW und europäische wie die EIB können Garantien für eine Tranche von als risikoarm eingestuften Investitionen übernommen werden, um das in großem Stil wieder zu ermöglichen.
6. Das Innovationssystem ist stärker anti-monopolistisch auszurichten. Auf Betreiben der USA wurde in Deutschland die IG Farben zerschlagen, in den USA selbst die Standard Oil (in 34 Gesellschaften) und AT&T (in 9 Gesellschaften). Gegenwärtig liegt die Herausforderung in der Schaffung jeweils verschiedener Systeme oder Anbieter. Industriepolitisch ist es sinnvoll, dass es im forschungsintensiven zivilen Flugzeugbau nicht nur Boeing gibt, sondern auch Airbus, die übrigens beide von COMAC und AVIC aus China herausgefordert werden. Auch bei der Militärproduktion werden sich nur dann akzeptable wirtschaftliche Multiplikatoren für Deutschland ergeben, wenn Rüstungsgüter im Wesentlichen in der EU entwickelt und produziert und nicht in den USA oder Russland bestellt werden. Bei den vielen Innovationen, die zur Klima-Transformation erforderlich sind, zeigt sich, dass eigene Entwicklungs- und Produktionskapazitäten in Europa sogar zu einer weltweiten Chance werden, wenn die USA

diese gesamte Technologielinie aufkündigen wollen. Deutsche und EU-Clouds und Rechenzentren, EU-basierte IT-Anwendungssysteme, möglichst auf Open Source basierend, stellen wichtige Entwicklungslinien auch für Künstliche Intelligenz KI dar. Eine deutsche Stärke könnte dabei auf der Verknüpfung von KI und Produktion liegen. Finanzpolitisch bedeutet das die Abkehr bei Ausschreibungen vom reinen Preisargument und eine hohe Gewichtung regionalpolitischer Verortung bei der Schaffung verschiedener Systeme. Sie haben auf Sicht wirtschaftlich zu sein, um permanente Subventionsfälle zu vermeiden, müssen aber nicht dem Grundsatz der Gewinnmaximierung genügen.

7. Die Verschuldung der USA haben ein sehr hohes Niveau erreicht und es steigt steil weiter durch die Kombination von Steuersenkungen für die Großunternehmen und ihre Eigner sowie einen schwächeren Dollar mit der Notwendigkeit zu höheren von den USA zu bedienenden Zinssätzen bei Staatspapieren. Eine Begrenzung des für Reservezwecke gehaltenen Volumens von US-Papieren und eine transparent bekannte Strategie zur Verringerung dieses Anteils, wenn bestimmte Mindestwerte der Stabilität nicht mehr eingehalten sein sollten, ergänzt den oben genannten Ansatz zum Ausbau der Reserven in Euro.

8. Insgesamt erfordern die genannten Ziele und Visionen ein höheres Investitionsniveau. Das kann einerseits über höhere Steuern und gesteigerte öffentliche Ressourcen für die Militärausgaben erreicht werden. Andererseits bietet es sich an, für den zivilen Bereich die Wirksamkeit der eingesetzten Mittel zu erhöhen, um möglichst rasch Wirtschaftlichkeit zu erreichen. Ein zentraler Ansatz ist dabei, von den Zielen auszugehen und die Wege möglichst vielfältig, innovativ und unbürokratisch zu gestalten. Statt für jedes öffentliche Gebäude auf der EU-Ebene eine prozentuale jährliche Energieeinsparung vorzuschreiben (was gegenwärtig geschieht), ist es sinnvoll, die angestrebte jährliche Einsparung von Klimagasen im Gebäudebestand vorzuschreiben. Dann fließen die Investitionen nicht in sehr teure Einsparungsmaßnahmen bei bereits guten, neuen Gebäuden und denkmalgeschützten Gebäuden, sondern in die Bereiche, wo am meisten für das eingesetzte Geld erreicht werden kann. Die meisten Investitionen lassen sich bei einem solchen Ansatz verwirklichen - entweder ganz mit langfristigen Förderdarlehen oder überwiegend mit Förderdarlehen und einer kleinen Zuschusskomponente als Finanzinstrument. Für solche Förderdarlehen sollten Eurobonds auf der EU-Ebene zugelassen werden, da sie nicht von der Steuerzahlergemeinschaft der Mitgliedsstaaten bedient werden müssen, sondern von den Rückzahlungen der Projekte.

## **Eine gerechtere globale Weltordnung**

Multilaterale Institutionen befinden sich gegenwärtig in einer tiefen Belastungsprobe: Sie stehen unter wachsendem politischen Druck, leiden unter Finanzierungsunsicherheit und sehen sich mit dem teilweisen Rückzug einflussreicher Regierungen konfrontiert, die Beiträge kürzen, Zahlungen aussetzen oder ihre Unterstützung demonstrativ infrage stellen. Dieser Rückzug ist jedoch nicht durchweg gleichbedeutend mit einem vollständigen Machtverzicht; oft handelt es sich auch um eine rhetorische oder selektive Distanzierung, während dieselben Regierungen zugleich versuchen, ihren Einfluss an strategisch wichtigen Hebeln des multilateralen Systems zu sichern oder auszubauen - etwa dort, wo ihnen Regeln, Verfahren und Personalentscheidungen weiterhin wichtig erscheinen. Gerade darin zeigt sich die Ambivalenz der gegenwärtigen Lage: Der Multilateralismus bewegt sich zwischen unterschiedlichen Zukunftspfaden - einem Multilateralismus, in dem Institutionen formal fortbestehen, aber politisch ausgehöhlt werden; ihrer normativen und machtpolitischen Umprägung in Richtung einer stärker China-zentrierten Ordnung oder ihrer Neujustierung in einer stärker multipolaren Welt, in der auch Mittelmächte und der Globale Süden mehr Verantwortung übernehmen.

Die Europäische Union, die auf vertraglichen Regeln basiert, muss ein hohes Interesse an einer regelbasierten Weltordnung und an einer Achtung des Völkerrechts und der Menschenrechte

haben. Aktuell heißt das, alles zu tun, um die Vereinten Nationen vor Zerstörung oder Unterhöhlung zu schützen, und ihre konstruktive Reform zu unterstützen. Die Vereinten Nationen sind die einzige Organisation, die weltweit glaubwürdig für globale Normen und Standards steht und deshalb auch allen Versuchen von Staaten widerstehen sollte, das „Recht des Stärkeren“ durchzusetzen. Um die Aushöhlung der Vereinten Nationen für nationale Interessen zu verhindern, sollten die Mitgliedsstaaten der Europäischen Union bereit sein, ein Mehr an Finanzierung zu erbringen, solange eine Reihe von großen Beitragszahlern ihre Finanzierung eingestellt haben. Mit rund 30 Milliarden US-Dollar ist die Finanzierungslücke des UN-Systems (von Rückständen im Kernhaushalt über massive Defizite bei den Friedensmissionen bis hin zu einer besonders gravierenden Unterfinanzierung der humanitären Hilfe) erheblich, bleibt aber selbst dann noch unter dem jährlichen Haushaltsvolumen großer Metropolen wie Berlin – und wäre bei entsprechendem politischen Willen von europäischen Staaten und anderen Mittelmächten grundsätzlich gemeinsam tragbar.

Vom weiteren Funktionieren der Vereinten Nationen gehen bereits positive Signale aus. Die Erfahrungen mit der „Zukunftskonferenz“ von 2024 und mit der Konferenz „Financing for Development“ im Juni 2025 haben gezeigt, dass es in der UN Generalversammlung Mehrheiten für eine demokratische Gestaltung der Globalisierung gibt.

Zu den Elementen der konstruktiven Reform der Vereinten Nationen sollten folgende Leitlinien gehören:

1. Prinzipien, die Multilateralismus und Global Governance leiten sollten: gemeinwohlorientiert, repräsentativ, transparent, gerecht, vernetzt, ausreichend ausgestattet, missionsorientiert, flexibel, rechenschaftspflichtig und zukunftsorientiert.
2. Die Stärkung der VN-Generalversammlung, auch mit dem Ziel, die faktische Blockade des VN Sicherheitsrates zu überwinden.
3. „*Wir die Völker*“ sollten besser vertreten sein (Gleichstellung der Geschlechter; Teilhabe Zivilgesellschaft; Bedeutung von Städten und Regionen; stärkerer Fokus auf künftige Generationen: wenn jede Politik danach beurteilt würde, wie sie zukünftige Generationen beeinflusst, könnten transformative Veränderungen leichter ausgelöst werden (z. B. alternative Fortschrittsmessungen)).
4. Die Reform des VN Sicherheitsrates mit dem Ziel, alle Regionen auch über ihre Regionalorganisationen (darunter verstehen die Vereinten Nationen auch die EU für Europa) in ihm vertreten zu sehen.
5. Der Aufbau eines VN Nachhaltigkeitsrates, der die ökonomischen, ökologischen und sozialen Entwicklungen entsprechend den UN Nachhaltigkeitszielen verfolgt und begleitet.
6. Erhalt und Stärkung von wichtigen VN - Organisationen wie der UNESCO und deren finanzieller Sicherheit und nachhaltige Arbeitsfähigkeit.
7. Das Globale Finanzsicherungsnetz (GFSN) muss angesichts globaler Bedrohungen ausgebaut werden: Erweiterung der Sonderziehungsrechte (SDR) des IWF (mehr Automatisierung); Stärkung der globalen Schuldenarchitektur; Globale Steuerreform vorantreiben (Bekämpfung von Steuervermeidung, illegalen Kapitalflüssen, Schaffung gerechterer Steuersysteme).

8. Verständnis digitaler Bedrohungen: Daten und Künstliche Intelligenz als globales öffentliches Gut behandeln; Aufbau einer Governance-Struktur für Künstliche Intelligenz.
9. Zu diskutieren bleibt die Frage einer stärkeren Dezentralisierung der Vereinten Nationen, in jedem Fall sollte aber die Stärkung ihrer Standorte außerhalb der USA erfolgen.

Die Organisationen der Internationalen Finanzarchitektur müssen so verändert werden, dass sie der Realität des 21. Jahrhunderts entsprechen. Das betrifft insbesondere die Weltbank und den Internationalen Währungsfonds IWF, die zusammen als „Bretton Woods“ Institutionen bezeichnet werden. Beide Institutionen sind als „Präsidialinstitutionen“ ausgelegt, die der Führungsperson eine extrem starke Stellung und die Führungsperson den USA (Weltbank) und Europa (Währungsfonds) zuordnet. Die Länder des Globalen Südens sind damit sowohl in ihren Strukturen als auch in ihren Entscheidungen unterrepräsentiert. Teamorientierte Leitungen dieser Institutionen wären moderner und bilden eine multipolare Welt besser ab. Gelingt diese Veränderung nicht, wird sich der Prozess der Schwächung dieser Institutionen fortsetzen. Konkurrierende Organisationen wie eine BRICS-Förderbank werden dann versuchen die Rolle der Weltbank für die Mehrheit der Weltbevölkerung zu übernehmen.

Ein zentraler Erfolg der Neuaufstellung der Vereinten Nationen wäre die bis 2030 anstehende Weiterentwicklung der UN Nachhaltigkeitsziele. Ihre Bedeutung als Regeln einer gerechten Gestaltung der Globalisierung ist hoch und manifestiert einen globalen Konsens, dem auch und gerade diejenigen ausgesetzt sind, die die Vereinten Nationen auszuhöhlen oder zu zerstören suchen. Ein zentrales Anliegen aus sozialdemokratischer Sicht zielt darauf, dass die Umsetzung der Nachhaltigkeitsziele nicht hohen militärischen Ausgaben untergeordnet werden.

Folgende Schwerpunkte sollten exemplarisch gesetzt werden:

1. Die Stärkung der Frauenrechte. Es gilt allen Versuchen zu wehren, die hinter die Grundsatzpositionen der Pekinger Weltfrauenkonferenz von 1995 zurückkehren wollen. Es gilt die sexuellen und reproduktiven Rechte der Frauen zu stärken,
2. Der Auf- und Ausbau der Gesundheitssysteme, um Pandemien vorzubeugen, HIV/Aids, Malaria und Tuberkulose überall wirkungsvoll zu behandeln und wo möglich zu beenden. und geschlechtsspezifischen Diskriminierung und Gewalt gegen Frauen entgegenzutreten.
3. Die Finanzierung nachhaltiger Entwicklung sollte mit Instrumenten über die Vereinten Nationen abgesichert werden. Die Rahmenkonvention zur Steuerpolitik, die innerhalb der Vereinten Nationen diskutiert wird, könnte die Fortschritte erbringen, die innerhalb der OECD gescheitert sind. So würde auch den Ländern des Globalen Südens der Aufbau solidarischer eigener Steuersysteme erleichtert.
4. Ein höherer Investitionspfad erfordert die Weiterentwicklung der Weltbank zu einer globalen Förderbank, die große Volumina verwirklichen kann. Wirtschaftliche Projekte zur Entwicklung und Stabilisierung nachhaltiger Infrastrukturen stehen dabei im Mittelpunkt.
5. Globale Entschuldungsinitiativen sollten entwickelt, das immer wieder geforderte Staateninsolvenzsystem in Gang gebracht werden.

Matthias Kollatz, Nina Netzer, Heidemarie Wieczorek Zeul  
April 2026